

18.01.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und Forschung

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12829

Chancen des digitalen Wandels an den Hochschulen nutzen – einheitliche Matrikelnummer einführen

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/12829 – wird abgelehnt.

Datum des Originals: 18.01.2017/Ausgegeben: 03.02.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU „Chancen des digitalen Wandels an den Hochschulen nutzen - einheitliche Matrikelnummer einführen“ - Drucksache 16/12829 - wurde am 14. September 2016 vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung überwiesen mit der Maßgabe, dass Beratung und Abstimmung nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

B Beratung

Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung hat sich in seinen Sitzungen am 28. September 2016, 23. November 2016 sowie 18. Januar 2017 mit dem Antrag befasst.

In der Sitzung am 28. September 2016 kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, Sachverständige zu seinen Beratungen zuzuziehen. Dies erfolgt in der Sitzung am 23. November 2016. Zum Inhalt des Sachverständigengesprächs wird auf das Ausschussprotokoll 16/1530 verwiesen.

Im Vorfeld der Sitzung gingen von den Sachverständigen schriftliche Stellungnahmen ein:

Prof. Dr. Bernhard Rumpe RWTH Aachen, Fachgruppe Informatik	Stellungnahme 16/4457
Prof. Dr. Klaus Zeppenfeld Präsident der Hochschule Hamm-Lippstadt	Stellungnahme 16/4459
Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen in NRW	Stellungnahme 16/4463
Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW	Stellungnahme 16/4471
Landesbeauftragte für Datenschutz und Infor- mationsfreiheit Nordrhein-Westfalen	Stellungnahme 16/4472
Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW e.V.	Stellungnahme 16/4474
Landes-ASTen-Treffen – LAT NRW	Stellungnahme 16/4487

Einer Aussprache zu Ergebnissen des Sachverständigengesprächs schloss sich in der Sitzung am 18. Januar 2017 sogleich die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum an.

Die Antrag stellende Fraktion der CDU stellt eingangs der Debatte heraus, dass bestehende Systeme Änderungsvorschlägen anfänglich eher kritisch gegenüber stünden. Nach Auswertung des Sachverständigengesprächs ist sich die Fraktion aber sicher, auf dem richtigen Weg zu sein. Die von den Sachverständigen vorgetragenen Kritikpunkte seien alle lösbar. Dem von einigen Institutionen befürchteten Identitätsverlust könne entgegengewirkt werden. Für die

Fraktion der CDU ist ein digitaler Wandel in der Hochschullandschaft ohne Veränderungen an der einen oder anderen Stelle nicht vorstellbar.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält als Ergebnis des Sachverständigengesprächs fest, dass der Antrag der CDU von den Sachverständigen vernichtende Kritik erhalten habe. Der Antrag würde zwar einige wünschenswerte Ziele enthalten, jedoch seien die Wege problembehaftet. Zudem wäre der Nutzen vielfach in Frage gestellt worden. Daher könne die Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Die Fraktion der SPD führt an, dass die Sachverständigen dem Antrag nichts Positives hätten abgewinnen können. In Anlehnung an die Überschrift des Antrags sei demnach festzuhalten, die Fraktion der CDU habe ihre Chance, sich mit einem zielführenden Antrag für den digitalen Wandel an den Hochschulen einzusetzen, vertan.

Die Fraktion der PIRATEN kommt zu dem gleichen Ergebnis wie zuvor die GRÜNEN und die SPD. Auch sie könne dem Antrag daher nicht zustimmen.

Die Fraktion der FDP schließt nicht aus, dass eine einheitliche Matrikelnummer zu Verbesserungen führen könne. Das Sachverständigengespräch habe aber gezeigt, dass sich die praktischen Anforderungen als Problem darstellen. Die anfängliche Skepsis der Fraktion gegenüber den Forderungen der Fraktion der CDU habe sich verfestigt. Es gäbe geeignetere Maßnahmen, um den digitalen Wandel zu befördern.

Die Landesregierung macht darauf aufmerksam, dass sie sich erfolgreich dafür eingesetzt hat, das Hochschulstatistikgesetz zu verändern. Künftig werde es eine bundesweit einheitliche Studienstatistik geben. Ab dem Sommersemester 2017 werde die Datenbasis valide Aussagen z.B. über Studienerfolge ermöglichen.

Sodann wird der Antrag zur Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum gestellt.

C Abstimmung

Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung spricht sich gegen die Stimmen der Antrag stellenden Fraktion der CDU dafür aus, dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 16/12829 – zu empfehlen.

Arndt Klocke
Vorsitzender